

# "Neustart Schule" will Revolutions-Start und mehr

15.09.2015 | 13:28 | (Kleine Zeitung)

Zwei Monate vor den bis 17. November angekündigten Vorschlägen der Bildungsreform-Arbeitsgruppe der Regierung macht die von der Industriellenvereinigung gegründete Initiative "Neustart Schule" Druck für eine "Bildungsrevolution": Eckpunkte sind eine Aufwertung der Elementarbildung, hohe Schulautonomie und eine Verschlankung der Verwaltung, hieß es bei einer Pressekonferenz am Dienstag.

Der im Vorjahr gestarteten Initiative "Neustart Schule" gehören neben der Industriellenvereinigung (IV) unter anderem die Initiatoren des ehemaligen Bildungsvolksbegehrens um Hannes Androsch, die Diakonie, das Rote Kreuz, die Wirtschaftskammer, die Caritas, der Verband der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen sowie der Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen an. Ihre Forderungen haben sie nun in einem Positionspapier zusammengefasst.

"Der November-Termin muss ein Erfolg werden - und danach muss es auch weitergehen", fasste IV-Bildungs-Bereichsleiter Christian Friesl die Ziele zusammen. IV-Präsident Georg Kapsch nannte das derzeitige System "total verpolitisiert und überverwaltet".

Die Initiative will den Schuldirektoren die Verantwortung für Auswahl und Einsatz ihres Personals überlassen, Eltern, Schüler und Lehrer wiederum sollen in die Bestellung des Schulleiters einbezogen werden. Der jeweilige Schulstandort müsse Freiräume beim Einsatz der Mittel bekommen sowie eigene Budgets für Schulentwicklung, Weiterbildung, Lehrbeauftragte und Leistungsprämien. Ab einer bestimmten Größe soll es außerdem administratives Unterstützungspersonal und ein mittleres Management geben. Weitere Ressourcen sollen etwa für Schulsozialarbeit zur Verfügung stehen.

Unterrichtszeit und Tagesablauf sollen die Schulen in Eigenverantwortung festlegen können. Die Schulen sollen außerdem ganztägig organisiert sein, wobei zwischen Öffnungs- und Unterrichtszeiten unterschieden wird. Geöffnet sein soll auch in den Ferien. Der Autonomie soll eine externe Qualitätskontrolle gegenüberstehen, die mit der Teilnahme an Überprüfungen wie den Bildungsstandards verbunden ist.

Die Gesetzgebungskompetenz will die Initiative ganz beim Bund ansiedeln, die (derzeit oft den Ländern vorbehaltenen) Ausführungsgesetzgebung entfallen lassen. Das Bildungsministerium soll etwa Bildungsziele, Lehrpläne, Bildungsstandards und die zu erreichenden Kompetenzniveaus festlegen. Die Finanzierung der einzelnen Schulen soll durch ein formelbasiertes Pro-Kopf-Budget außerhalb des Finanzausgleichs erfolgen, Zusatzmittel gäbe es für "sozialindizierte Schwerpunkte".

Dementsprechend gering wäre der Bedarf an zusätzlicher Schulverwaltung. Die derzeitige meist in den Landesschulräten angesiedelte mittlere Ebene soll zu einer schlanken "Supporteinheit" werden.

Auch die Elementarbildung (v.a. Kindergärten) soll Bundeskompetenz und mit hoher Autonomie ausgestattet werden, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Die KindergartenpädagogInnen sollen eine aufgewertete Ausbildung erhalten, gruppenführende und leitende Funktionen sogar eine schrittweise Akademisierung erfahren.

Erfreut über die Vorschläge zeigte sich Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) in einer der

APA übermittelten Stellungnahme: "Auch für mich ist ganz klar, dass verflochtene Zuständigkeiten entwirrt werden müssen und ein Paradigmenwechsel im Schulsystem erfolgen muss. Unser Ziel in der Bildungsreform muss eine positive Veränderung im Schulsystem sein. Durch mehr Entscheidungsgewalt am Schulstandort kann auch ein Mehr an Qualität gelingen. Wir sind gemeinsam auf einen guten Weg in Richtung 17. November ", so die Ministerin.

---